

Offener Brief an den Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Herrn Christian Schmidt

Hamburg, 31. Juli 2014

Verfahren zur Neubewertung des Wirkstoffs Glyphosat

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die EU-Genehmigung für Glyphosat, den weltweit meistverkauften Pestizid-Wirkstoff, läuft Ende 2015 aus.

Bei der laufenden Neubewertung des Wirkstoffs hat Deutschland eine große Verantwortung. Als berichterstattender Mitgliedstaat ist Deutschland für die Bewertung der durch die Industrie eingereichten Studien und der von Dritten eingereichten unabhängigen Studien sowie für die Erstellung des Prüfberichts verantwortlich. Die zuständigen Bundesbehörden haben unter Federführung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) den Antrag auf Neuzulassung von Glyphosat geprüft und ihren Bewertungsbericht erstellt. Die Behörden urteilen darin, dass Glyphosat nicht humantoxisch sei, und empfehlen eine Verlängerung der EU-weiten Zulassung des umstrittenen herbiziden Wirkstoffes.

Die behördliche Entwarnung basiert fast ausschließlich auf den Ergebnissen für das Genehmigungs-Verfahren eingereichter, aber öffentlich nicht zugänglicher Studien der Pflanzenschutzmittelhersteller. In einigen dieser Studien gibt es Hinweise darauf, dass Glyphosat bei den Versuchstieren Missbildungen und andere toxische Effekte verursacht hat. Von Seiten der Industrie und der Behörden werden diese Effekte abgestritten - mit Argumenten, die von Seiten der Wissenschaft stark kritisiert werden.¹ Es ist nicht verwunderlich, wenn Glyphosat produzierende Unternehmen versuchen, für sie ungünstige Studienergebnisse zu verschleiern. Es ist nicht nachvollziehbar, dass deutsche Behörden den Eindruck erwecken, im Zweifel für die Vermarktung zu entscheiden, statt für das Vorsorgeprinzip.

Laut EU-Verordnung Nr. 1141/2010 soll sich die behördliche Risikobewertung auch auf industrieunabhängige Studien stützen. Die Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, unterstehenden Behörden, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) und das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), haben jedoch Studien von unabhängigen wissenschaftlichen Instituten, die auf toxische Effekte von Glyphosat hinweisen, entweder gar nicht in der Bewertung berücksichtigt oder aus fragwürdigen Gründen abqualifiziert. Für die Abqualifizierung als "nicht verlässlich" werden unter ande-

rem Kriterien (sogenannte Klimisch-Kriterien) herangezogen, die 1997 von BASF-Mitarbeitern entwickelt wurden - und damit von einem Pestizide produzierenden Unternehmen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Behörden Industriestudien als verlässlicher einstufen als unabhängige wissenschaftliche Studien. Denn im Gegensatz zu publizierten wissenschaftlichen Studien, die einem Peer-Review-Verfahren unterzogen wurden, entziehen sich unveröffentlichte Industriestudien einer echten wissenschaftlichen Überprüfung.

Die Publikation "Roundup and birth defects - is the public being kept in the dark?"² Das BfR hat sich im Juli 2011 in einer Stellungnahme zu dieser Publikation geäußert und eine generelle Diskussion zu den Paradigmen der toxikologischen Risikobewertung eingefordert, noch bevor mit der Neubewertung von Glyphosat begonnen wird. Diese grundsätzliche Diskussion hat jedoch bisher nicht stattgefunden.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, das aktuelle Verfahren der Risikobewertung setzt aus unserer Sicht die Gesundheit von Mensch, Natur und Umwelt fahrlässig aufs Spiel. Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, dass diese Missstände beseitigt werden.

Setzen Sie sich bitte auf EU-Ebene dafür ein, dass die Paradigmen der behördlichen toxikologischen Risikobewertung grundlegend diskutiert und überarbeitet werden. Dies sollte geschehen, bevor endgültig über die Neuzulassung von Glyphosat entschieden wird. NGOs und unabhängige Wissenschaftler soll-

¹ Dies war auch schon beim ersten Bewertungsbericht der deutschen Behörden zu Glyphosat (1998) der Fall. Mehr Informationen zu dieser Problematik gibt es bei: Antoniou M, Habib ME, Howard CV, Jennings RC, Leiferl C, Nodari Ra, Robinson Cl, Fagan J. 2012: Teratogenic Effects of Glyphosate-Based Herbicides: Divergence of Regulatory Decisions from Scientific Evidence; siehe dazu auch Fußnote 2

² Antoniou M, Habib M, Howard CV, Jennings RC, Leiferl C, Nodari Ra, Robinson C, Fagan J., 2011: Roundup and Birth Defects: Is the Public: Being Kept in the Dark? Earth Open Source.

ten umfassend in diese Diskussion einbezogen werden.

Das BVL entscheidet nach eigenen Angaben zusammen mit Vertretern der EFSA Ende Juli oder Anfang August darüber, ob vor der Entscheidung über die Neuzulassung von Glyphosat ein 6-monatiges Peer-Review-Verfahren durchgeführt wird. Aus unserer Sicht darf auf dieses Peer-Review-Verfahren nicht verzichtet werden. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass ein umfassendes Peer-Review-Verfahren stattfindet, in dem alle vorhandenen wissenschaftlichen Studien zu Glyphosat und Roundup gründlich geprüft und bei dem Wissenschaftler und NGOs beteiligt werden.

Wir bitten Sie, sich für mehr Transparenz bei der Risikobewertung einzusetzen. Alle toxikologisch relevanten Daten, die für den Glyphosat-Zulassungsantrag eingereicht wurden, müssen öffentlich gemacht werden, damit unabhängige Wissenschaftler die Industriestudien überprüfen können. Für die öffentliche Konsultation zu einem 4.000 Seiten umfassenden Bericht muss außerdem mehr Zeit eingeräumt werden.

Unabhängig vom laufenden Zulassungsprozess zu Glyphosat muss die Einflussnahme der Pestizide produzierenden Unternehmen in Zulassungsprozessen für Chemikalien eingeschränkt werden. Setzen Sie sich bitte auf EU-Ebene dafür ein, dass die Vorgaben für Zulassungsverfahren dahingehend geändert werden. Behörden sollten zukünftig unabhängige Institute mit der Durchführung der notwendigen Tests beauftragen, statt sich auf Studien von Unternehmen zu verlassen, die selbst Pestizide produzieren und deshalb ein hohes finanzielles Eigeninteresse an positiven Ergebnissen haben. Pestizidproduzenten könnten an den Kosten der Zulassung beteiligt werden, indem sie zur Einzahlung in einen unabhängig verwalteten Fonds verpflichtet werden, aus dem die notwendigen Risikountersuchungen finanziert werden.

Bitte nehmen Sie das Vorsorgeprinzip und die beunruhigenden Untersuchungsergebnisse zahlreicher unabhängiger Wissenschaftler über ökologische und humantoxische Effekte von Glyphosat ernst - setzen Sie sich für ein europaweites Verbot von Glyphosat ein. Dabei darf es nicht einfach darum gehen, Glyphosat durch andere chemisch-synthetische Pestizide mit ähnlich problematischen oder noch problematischeren Auswirkungen auszutauschen. Eine verstärkte Förderung nicht-chemischer Alternativen in der Landwirtschaft ist aus unserer Sicht notwendig.

Glyphosathaltige Pestizidprodukte, die als Beistoff POE-Tallowamine enthalten, sind um ein Vielfaches giftiger als der reine Wirkstoff Glyphosat. Das bestätigen auch das BVL und das BfR. Daraus sollten umgehend Konsequenzen gezogen werden, die über den von der Industrie zugesagten Austausch der POE-Tallowamine durch andere Netzmittel auf dem deutschen Markt hinausgehen. Deutschland importiert Lebens- und Futtermittel aus anderen Ländern, in denen der Einsatz von tallowaminhaltigen Glyphosatprodukten verbreitet ist. In einigen dieser Produkte (z.B. Soja, Linsen) treten regelmäßig hohe Rückstände auf. Konsumenten werden vor diesen Rückständen nur unzureichend geschützt: Es gibt zu wenige Kontrollen und sie erfassen nicht die Rückstände von Tallowaminen. Wir brauchen mehr Kontrollen, die auch Rückstände von Pestizid-Beistoffen berücksichtigen. Die deutsche Regierung sollte sich, außerdem dafür einsetzen, dass weltweit POE-Tallowamine nicht mehr glyphosathaltigen Mitteln zugesetzt werden dürfen. Der Schutz von Mensch und Umwelt ist auch außerhalb der engen Grenzen Deutschlands ein überaus wichtiges Anliegen.

Die Problematik hoher Beistoff-Toxizität zeigt eindrucksvoll die Notwendigkeit, die Risikoabschätzung im Rahmen der Produktzulassung zu verbessern. Das ganze Produkt, in der Kombination aller Inhaltsstoffe, muss -auch in Langzeitstudien -geprüft werden, um Kombinationswirkungen in Tests erfassen bzw. ausschließen zu können. Zudem müssen die Transparenz verbessert und eine vollständige Deklaration aller Inhaltsstoffe bei Pestizidprodukten zur Pflicht werden. Verbraucher, Nutztiere und Ökosysteme dürfen nicht länger einem unbekanntem Risiko ausgesetzt bleiben.

Glyphosat-Rückstandskontrollen sind aufgrund der Stoffeigenschaft des Wirkstoffs aufwändig und teuer. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die Industrie endlich an den Kosten für Anwendungs- und Rückstandskontrollen beteiligt wird. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Bevölkerung die externen Umwelt-, Gesundheits- und Kontrollkosten tragen muss.

Vorschläge zur Umsetzung liegen bereits seit längerer Zeit vor.

Glyphosat schädigt die Biodiversität - dies bestätigt auch der Bewertungsbericht der deutschen Behörden. Unabhängig vom Zulassungsverfahren sollten agrarpolitische Konsequenzen daraus gezogen werden. Eine Förderung durch

Agrarumweltprogramme sollte mit der Auflage verbunden werden, dass der Einsatz von Glyphosat und anderen Pestiziden ausgeschlossen wird. Agrarumweltmaßnahmen mit öffentlichen Geldern zu fördern, verträgt sich unserer Auffassung nach nicht mit dem Einsatz von umweltschädlichen Pestiziden. Bitte setzen Sie sich dafür bei der Agrarministerkonferenz ein.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, wir bitten Sie: Machen Sie sich dafür stark, dass endlich die Abhängigkeit von Pestiziden gesenkt wird und fördern Sie verstärkt agrarökologische Anbausysteme und nicht-chemische Schädlingsbekämpfungsstrategien. Unterstützen Sie damit eine zukunftsfähige Landwirtschaft, die Mensch und Natur nicht gefährdet.

Wir würden uns über einen Austausch mit Ihnen zu diesem Thema freuen. Gerne erläutern wir Ihnen unsere Kritikpunkte und Reformvorschläge ausführlicher.

Mit freundlichen Grüßen

J. Sievers-Langer, Projekt-Koordinatorin, Agrar Koordination

S. Haffmans, Projekt-Koordinatorin, PAN Germany
(im Namen der mitzeichnenden Organisationen)

Die Kampagne wird getragen von folgenden Organisationen:

AbL, Ackergift Nein Danke, BUND, Die Bäcker, Verein zur Hilfe umweltbedingt Erkrankter, Nabu, Oxfam, Umweltinstitut München, Wassernetz NRW

Kontakt:

Agrar Koordination Nernstweg 32;
22765 Hamburg Julia Sievers-Langer
Tel: +49 40 392526 -
Julia.Sievers@agrarkoordination.de
www.agrarkoordination.de

Pestizid Aktions-Netzwerk eV
(PAN Germany) Nernstweg 32;
22765 Hamburg
Susan Haffmans Germany
Tel: + 49 40 3991910-25
Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.
susan.haffmans@pan-germany.org
www.pan-germany.org

Bundesvorstand Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft eV (Abl)
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Bernd Voß, Tel: 0173/9135092
dibbern-voss@t-online.de

Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland eV (BUND)
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Heike Moldenhauer
heike.moldenhauer@lound.net
www.bund.net

Umweltinstitut München e.V.
Landwehrstr. 64a
80336 München
Melanie Eben
Tel: 089/307749-24
me@umweltinstitut.org
www.umweltinstitut.org

BROT FÜR DIE WELT
Evangelischer Entwicklungsdienst
Caroline-Michaelis-Str.1, 10115 Berlin
Dr. Bernhard Walter
Tel: +493065211-18121
bernhard.walter@brot-fuer-die-welt.de

Eine inhaltliche Stellungnahme des BMEL zu unserem Brief an Landwirtschaftsminister Schmidt blieb bisher trotz Nachhaken durch die Agrar Koordination aus. Von Seiten des BMEL wurde den Verfassern des offenen Briefs das Angebot gemacht, an einer Podiumsdiskussion im Rahmen einer Veranstaltung des BMEL im Januar 2015 teilzunehmen. Aus unserer Sicht ist das geplante Format dieser Veranstaltung jedoch nicht geeignet, eine ausgewogene Darstellung des Systems der Pestizidzulassung und der Kritik daran zu ermöglichen.

Wieder sollen nur die Behördenvertreter und das BMEL die Möglichkeit bekommen, ihre Sicht der Dinge in Vorträgen ausführlich darzustellen.

Immerhin hat uns das BMEL auch das Angebot eines internen Gesprächstermins im Jahr 2015 unterbreitet, in dem wir unsere „Bedürfnisse“ und „Sorgen“ mitteilen dürften. Wir bleiben dran und berichten über den weiteren Verlauf dieses noch nicht ganz in die Gänge gekommenen Dialogs...

Tagungsbericht „Roundup & Co – Gefahren für Gesundheit, Umwelt und eine nachhaltige Nahrungsproduktion“

Berlin, 3. Dezember 2014

Rund 80 VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen, Behörden, Parteien, der Wissenschaft und der Pestizidindustrie diskutierten in Berlin im Rahmen der Tagung „Roundup & Co – Gefahren für Gesundheit, Umwelt und eine nachhaltige Nahrungsproduktion“ den Einsatz des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat, besser bekannt unter der Monsanto-Produktmarke Roundup. Die Tagung wurde organisiert durch die Agrar Koordination und PAN Germany in Kooperation mit Brot für die Welt, Misereor, der Heinrich Böll Stiftung und der Greenpeace Umweltschutzstiftung.

Anlass der Tagung war, dass zurzeit das Verfahren für eine Neuzulassung von Glyphosat in der EU läuft und Deutschland der zuständige Berichterstatter ist. Sein weites Anwendungsspektrum macht es zum weit verbreitetsten Pestizid der Welt. Sein Einsatz ist symptomatisch für das vorherrschende landwirtschaftliche Produktionssystem. Ziel der Tagung war, einen kritischen Blick auf die Risikobewertung von Pestiziden allgemein und Glyphosat im Speziellen sowie die agrarpolitischen Rahmenbedingungen des massiven Pestizideinsatzes zu werfen. Zudem sollte sie einen Austausch unterschiedlicher Akteure zu notwendigen Reformen für die Pestizidzulassung und Agrarpolitik initiieren.

Nach den einführenden Beiträgen der Veranstalter stellten drei Referenten – Claire Robinson von Earth Open Source, Tony Tweedale von R.I.S.K. Consultancy und Dr. Wolfgang Bödeker von PAN Germany – verschiedene Aspekte der humantoxischen Risikobewertung zu Glyphosat und Kritikpunkte am System der Pestizidzulassung vor (die Powerpoint-Präsentationen stehen auf unserer Homepage zum Download bereit).

Während der Podiumsdiskussion, an der neben den Referenten auch Thoralf Küchler (Syngenta) teilnahm, wurde deutlich, dass der alte Satz: „Die Dosis macht das Gift“ in der Toxikologie von Pflanzenschutzmitteln nicht mehr gelten kann, weil viele giftige Wirkungen bei sehr niedrigen Dosen auftreten, die in der Zulassung gar nicht geprüft werden. Hier wurde eine Änderung der Richtlinien für die Durchführung von Studien gefordert.

Warum Studien der Industrie nicht offengelegt werden, wurde von Seiten des Syngenta-Vertreters damit begründet, dass dies der Konkurrenz in die Hände spielen würde und die getätigten Investitionen gefährde. Dieses Argument wurde von den anderen beteiligten Experten in Frage gestellt – der Patentschutz für Glyphosat sei abgelaufen und es sei nicht nachvollziehbar, warum die toxischen Wirkungen von Glyphosat auf Versuchstiere ein Betriebsgeheimnis sein solle – schließlich geht es bei dem Gesundheitsschutz vor Pestiziden um ein öffentliches Interesse – den Schutz von Gesundheit und Ökosystemen. Studien müssten transparent gemacht werden, damit sie von

unabhängigen Wissenschaftlern überprüft werden können. Es wurde in Frage gestellt, ob die Behördenvertreter tatsächlich alle Originalstudien der Industrie gründlich prüfen. Zudem wurde die Kritik bekräftigt, dass wissenschaftliche, peer-reviewte Studien oftmals aufgrund fragwürdiger Argumente und Vorgaben bei der behördlichen Risikobewertung nicht berücksichtigt werden. Das System, dass die beantragenden Unternehmen die Studien zur Risikoüberprüfung selbst durchführen, wurde grundsätzlich hinterfragt und gefordert, dass sich die behördliche Risikobewertung viel mehr auf unabhängige wissenschaftliche Studien stützt.

Es wurde thematisiert, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die behördliche Risikobewertung und die Unabhängigkeit der Behördenvertreter nicht so groß ist, wie man es sich wünschen würde. Auch um dieses Vertrauen zu vergrößern, wäre eine größere Transparenz der behördlichen Verfahren wichtig. In wieweit Entscheidungen vom jeweiligen politischen Umfeld beeinflusst werden, wäre dabei wichtig zu erkennen. Von den Veranstaltern wird bedauert, dass die geäußerten Kritik-

punkte nicht mit Vertretern der für die humantoxische Bewertung zuständigen Behörden (BVL Und BfR) diskutiert werden konnten, da sich von Seiten dieser Behörden niemand die Zeit für eine Teilnahme an der Tagung nehmen konnte. Hinsichtlich der Risikobewertung von Pestiziden wurde ein generelles Dilemma angesprochen: Je mehr sogenannte Stellvertreterorganismen (Versuchstiere) getestet werden, desto mehr Sicherheit kann durch die Tests über die Toxizität eines Stoffes erlangt werden. Doch gleichzeitig besteht der Wunsch, möglichst wenig oder keine Tierversuche machen zu müssen. Die große übergeordnete Frage ist: Brauchen wir Pestizide überhaupt wirklich, so dass die damit verbundenen Risiken und die Tierversuche in Kauf zu nehmen sind? Diese Frage blieb zwar offen, doch im Laufe der Diskussion wurde deutlich, dass viele der TeilnehmerInnen die schädlichen Auswirkungen des Pestizidsystems nicht mehr in Kauf nehmen möchten und bezweifeln, dass der Nutzen die verursachten Schäden rechtfertigt.

Viele Kritikpunkte an der humantoxikologischen behördlichen Risikobewertung und entsprechende Reformvorschläge konnten nur kurz angerissen, aber nicht ausführlich diskutiert werden. Die angeregte Diskussion, an der sich viele TagungsteilnehmerInnen beteiligt haben, machte auf jeden Fall deutlich, dass ein großer gesellschaftlicher Diskussionsbedarf zu diesem Themenbereich besteht. Im zweiten Teil der Tagung wurden die ökologischen Risiken von Glyphosat sowie agrarpolitische Handlungsoptionen zur Eindämmung des Glyphosateinsatzes thematisiert.

Zunächst stellten drei Referenten – Dr. Steffen Matezki vom Umweltbundesamt, Dr. Gesine Schütte von der Uni Hamburg und der Landwirt Dr. Peter Hamel von der Abl – ihre Positionen zu dieser Thematik vor (die Powerpoint-Präsentationen stehen ebenfalls auf unserer Homepage zum Download bereit). Während der Podiumsdiskussion, an der neben den Referenten Harald Ebner (Bündnis 90/Die Grünen, MdB), Heike

Moldenhauer (BUND) und Dr. Werner Kratz (NABU Brandenburg/FU Berlin) teilnahmen, wurden agrarpolitische Optionen für eine Abkehr von Glyphosat & Co weiter diskutiert.

Dabei waren sich die Diskutanten einig, dass die europäische Agrarpolitik die falschen Anreize setzt und die Reformmaßnahmen im Hinblick auf das „Greening“ gescheitert sind. Es kam zu einer Diskussion über den Begriff und die Bedeutung der Guten Landwirtschaftlichen Praxis, die im Pflanzenschutzgesetz beschrieben ist. Das sogenannte „notwendige Maß“ des Pestizideinsatzes werde dort viel zu weit gefasst und müsste konkreter formuliert werden. Auch bei der Umsetzung in der Praxis gebe es Probleme.

Es wurde gefordert, dass das Subventionssystem grundsätzlich überdacht werden müsste und dass es Zahlungen an Landwirte nur noch geben solle, wenn tatsächlich ökologische Leistungen erbracht werden. Zudem müsste die ökologische Landwirtschaft – laut Rat für Nachhaltige Entwicklung der „Gold-Standard“ einer nachhaltigen Landwirtschaft – stärker gefördert werden, um das gesetzte „20%-Ziel“ zu erreichen. Bei der Forschungsförderung müssten andere Prioritäten gesetzt werden und mehr Gelder für die Forschung zu Pflanzenschutzmitteln für den Ökolandbau bereitgestellt werden. Auch die Beratung zur Reduzierung des Glyphosateinsatzes durch konventionelle Bauern sollte ausgeweitet werden.

Fazit: Die Tagung hat die Notwendigkeit verdeutlicht, dass grundlegende Reformen des europäischen Pestizidzulassungssystems und der Agrarpolitik notwendig sind, um Menschen, Tiere und Umwelt besser vor Pestiziden zu schützen und eine wirklich nachhaltige Landwirtschaft voranzubringen.

Ausblick:

Menschen in Entwicklungsländern sind Glyphosat und anderen Pestiziden noch weitaus schutzloser ausgeliefert als in Europa. Diesem Thema wird sich eine Veranstaltung im Jahr 2015 widmen.

Neue Studie: Roundup & Co – Unterschätzte Gefahren

Argumente gegen die Verwendung von Glyphosat und anderen Herbiziden. Für eine grundlegende Umstellung des Pestizid-Zulassungssystems und der Unkrautkontrolle

In dieser von Agrar Koordination und PAN Germany erstellten Studie wird auf die aktuelle Diskussion um die Toxikologie von Glyphosat für Mensch und Umwelt eingegangen. Die Diskussion um Glyphosat wird dabei in eine Diskussion zum chemischen Pflanzenschutz insgesamt eingebettet. Glyphosat ist das weltweit am meisten verwendete Herbizid. Die Ausbringungsmengen sind in den letzten Jahren massiv gestiegen und werden durch die umstrittene Gentechnik zusätzlich forciert.

Am Beispiel von Glyphosat wird in Frage gestellt, ob das aktuelle System der staatlichen Prüfung, Zulassung und Überwachung von Pestiziden zur Beschränkung unerwünschter Nebenwirkungen überhaupt in der Lage ist, eine chemische Unkrautbekämpfung zu gewährleisten, die nicht den Schutz der Biodiversität gefährdet und unnötig gesundheitliche Gefahren und Risiken akzeptiert.

Es wird verdeutlicht, dass grundlegende Reformen des Pestizidzulassungssystems sowie der Agrarpolitik notwendig sind, um Menschen, Tiere und Umwelt angemessen vor Pestiziden zu schützen und den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft einzudämmen. Andere politische Anreize müssen gesetzt werden, um wirklich nachhaltige Formen der Landwirtschaft stärker zu fördern. Die Studie ist als download auf unserer Internetseite verfügbar.

Im Rahmen unserer Glyphosat-Kampagne läuft eine Unterschriften-Aktion an Landwirtschaftsminister Schmidt. Auf unserer Internetseite können Papierformulare heruntergeladen werden und unterschrieben werden.

Impressum

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 (Lastschrift) inklusive Porto für den Versand im Inland.

Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

Herausgeber: Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

Redaktion: Agrar Koordination, Ursula Gröhn-Wittern, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Bankverbindung: Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank (BLZ 430 609 67) Konto 2029563500

Druck: Druckwelten Hamburg, 100 % recycling Papier

ISBN: 978-3-9813497-2-6

